

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

Am 8. Januar erstattete der Regierungsbeauftragte Peter Koch, zuständig für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS), am Zentralen Runden Tisch einen ersten Bericht. Da er auf viele Nachfragen keine Antwort wusste, verstärkte sein Auftritt den Unmut der Opposition.

Ab November 1989 mussten SED und Staatssicherheit unter dem Druck der Bürgerbewegung immer weiter zurückweichen. Die Diktatur befand sich in einer offenen Krise. Davon blieb auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht verschont.

Am 7. November 1989 trat der Ministerrat der DDR zurück, gezwungen durch die politische und gesellschaftliche Krise des Landes. Am Tag darauf legten auch die Mitglieder des Politbüros ihre Ämter und Funktionen nieder. Erich Mielke, der das Ministerium für Staatssicherheit 32 Jahre lang geleitet hatte, war damit arbeitslos. Sein Nachfolger wurde einer seiner Stellvertreter, Wolfgang Schwanitz. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) selbst wurde in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt, das schließlich im März 1990 aufgelöst wurde.

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) – auch mit den Stimmen der SED-Sprecher. Am 14. Dezember wurde der Versuch unternommen, die Staatssicherheit durch einen kleineren Verfassungsschutz (ca. 10.000 Mitarbeiter) und einen mit ca. 4.000 Mitarbeitern gegenüber der Hauptverwaltung A (HV A) fast unveränderten Nachrichtendienst zu ersetzen. In diese Dienste sollten keine ehemaligen Führungskader der Staatssicherheit übernommen werden.

Während die Staatssicherheit in den Regionen zu Beginn des Jahres 1990 weitgehend lahmgelegt war, bestand die Zentrale in Berlin-Lichtenberg fort, wenngleich auch dort immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen wurden. Noch hoffte man, zumindest einen Teil des Apparates in die Nachfolgeorganisationen Verfassungsschutz und Nachrichtendienst hinüber retten zu können.

Auf Verlangen des Zentralen Runden Tisches berichtete der am 18. Dezember 1989 eingesetzte Regierungsbeauftragte Peter Koch, zuständig für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, am 8. Januar 1990 über seinen Arbeitsstand. Es hagelte kritische Nachfragen, die Koch und der ebenfalls anwesende Staatssekretär Halbritter meist nicht beantworten konnten. Als die beiden Regierungsvertreter behaupteten, sie wüssten vom zentralen Datenspeicher des MfS eigentlich nur, dass er in Berlin sei, sonst aber nichts Genaueres, wurde ihnen auf Antrag der oppositionellen Gruppen das Misstrauen ausgesprochen. Die Bürgerrechtler verließen zeitweilig unter Protest die Sitzung, schließlich vertagte man sich auf den 15. Januar.

Das vorliegende Dokument, eine Abschrift der Übertragung im Fernsehen der DDR, ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst (Bl. 5-12) werden die Ausführungen von Peter Koch wiedergegeben, daran anschließend seine Antwort auf die Fragen der Teilnehmer des Runden Tisches (Bl. 12-16). Die Fragen selbst werden erst danach dokumentiert (Bl. 17-22).

---

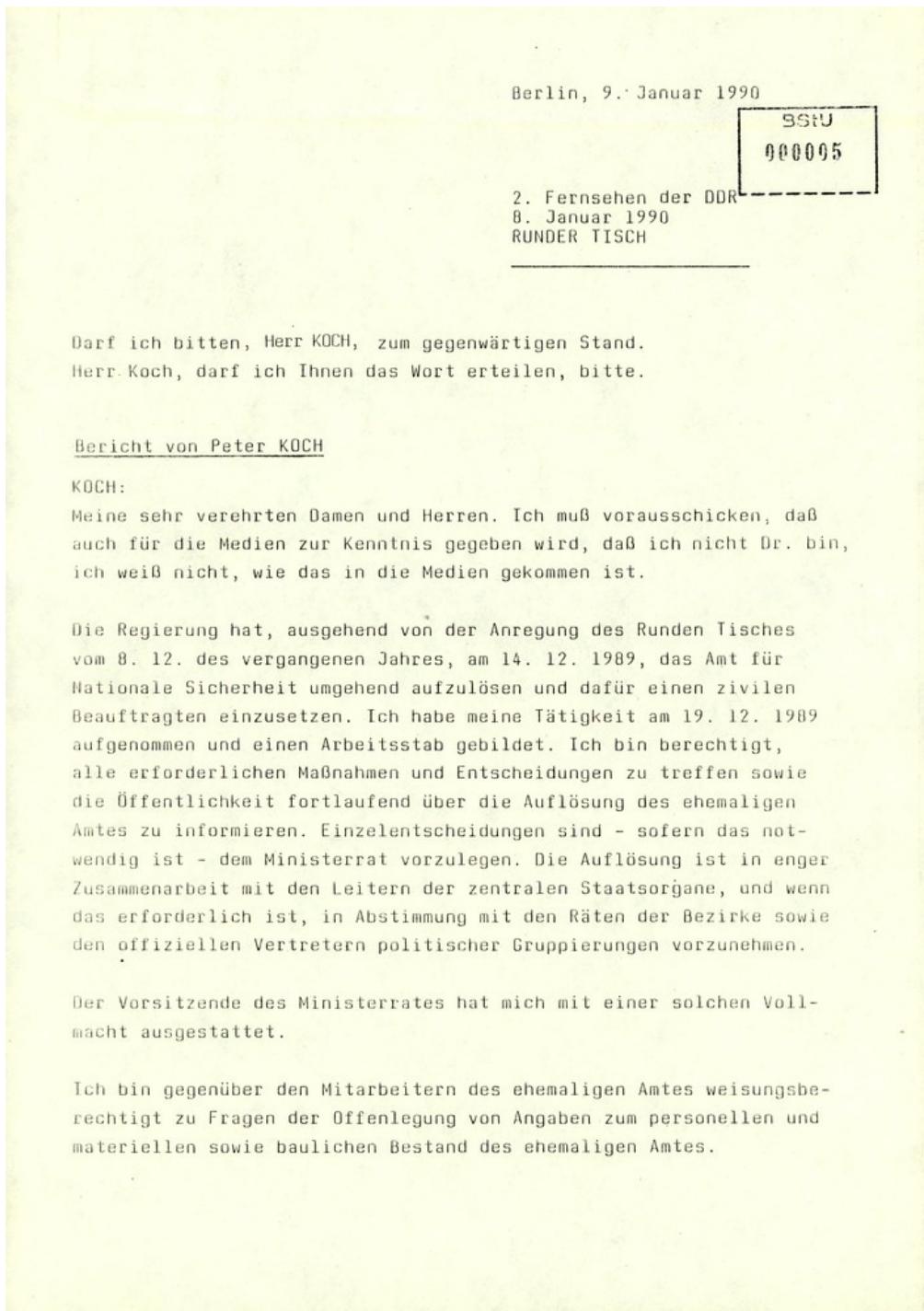
**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 14279, Bl. 5-22

---

**Metadaten**

Datum: 9.1.1990

Rechte: BStU

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 14279, BL 5-22

Blatt 5

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

SSTU  
000096

Zu Fragen der Abforderung von Konzeptionen zur Durchführung der Auflösung, zur Einsichtnahme in Dokumente und Unterlagen soweit das zur personellen und materiellen Auflösung erforderlich ist. Und zum Einsatz von ehemaligen Mitarbeitern, zur ordnungsgemäßen Auflösung.

Die Durchführung der Maßnahmen wird fortlaufend kontrolliert. Dabei ist mit den gesellschaftlichen Kräften des Runden Tisches, insbesondere der gebildeten Arbeitsgruppe Sicherheit zusammenzuwirken.

Unter Bezugnahme auf die Anfragen aus der Beratung des Runden Tisches vom 3. Januar 1990 kann heute hier folgendes ausgeführt werden:

Ich spreche zur Frage 2 und verweise diesbezüglich auf die Information Nr. 2 vom heutigen Tage.

Die Frage lautet, Hinzuziehung einer von der Opposition benannten Vertrauensperson und 3 weitere Mitarbeiter für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit. Eine Vertrauensperson, die nach Ansicht der Regierung von den Vertretern des Runden Tisches insgesamt bestimmt bzw. akzeptiert werden sollte, kann sofort ihre Tätigkeit im Bereich des Regierungsbeauftragten aufnehmen. Gleichermaßen gilt für die vorgesehenen 3 weiteren Mitarbeiter. Ich bitte die Damen und Herren des Runden Tisches, die Prinzipien zu klären und mir übermitteln zu lassen, nach denen sich die Mitwirkung des Vertreters des Runden Tisches praktisch gestalten soll. Insbesondere bitte ich um Klärung, ob der Vertreter lediglich eine Kontrollfunktion ausüben soll, oder ob eine Mitarbeit einschließlich der damit verbundenen Übernahme von Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit beabsichtigt ist.

Ich muß angesichts des Umfangs der Arbeit Wert darauf legen, daß ich die mir übertragenen komplizierten und arbeitsaufwendigen Aufgaben erfüllen kann, und bitte sehr, dies dabei zu berücksichtigen.

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BStU 3  
000097

Ich spreche jetzt zur Frage 7, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es mit der Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches?

Meine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Sicherheit wird darin gesehen, die Mitglieder dieser Kommission kontinuierlich in die Vorbereitung von bestimmten Entscheidungen einzubeziehen, den Stand der Abarbeitung zu erfragen und die Kontrolle der Durchführung von Maßnahmen an Ort und Stelle zu gewährleisten.

Ich spreche jetzt zur Frage 3, Nachweis über die Übergabe der Waffen der Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit an das Ministerium für Nationale Verteidigung. Unabhängig von den bereits erlassenen Weisungen des ehemaligen Amtes habe ich am 4. Januar 1990 gegenüber dem verantwortlichen Vertreter des ehemaligen Amtes festgelegt, daß

1. die Waffen unverzüglich einzuziehen und bis zum Abtransport durch die Deutsche Volkspolizei so aufzubewahren sind, daß ein selbständiger Zugriff durch ehemalige Angehörige dieses Organs ausgeschlossen ist.

2. Zu Wach- und Sicherungsaufgaben des ehemaligen Amtes benötigte Waffen gesondert zu erfassen und nur für die Zeit der Dienstdurchführung zu übergeben sind.

Der Vollzug dieser Festlegung wird stichprobenweise durch einen Vertreter des Regierungsbeauftragten kontrolliert. Es ist vorgesehen, die Übergabe der Bewaffnung, einschließlich der Bestände des Wachregimentes "Feliks Dzierzynski", im Januar 1990 an die Nationale Volksarmee bzw. das Ministerium für Innere Angelegenheiten vorzunehmen und die Öffentlichkeit bis zum 1. 2. 1990 über den Vollzug zu informieren.

Nicht benötigte militärische Technik, Bewaffnung und Ausrüstung ist zu verschrotten. Die Verschrottung wird allerdings in kurzer Frist nicht zu bewältigen sein.

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BStU  
4  
00008

Ich spreche jetzt zur Frage Nr. 5, Liste der ehemaligen Objekte des Amtes für Nationale Sicherheit, die an andere Träger übergeben wurden oder übergeben werden sollen.

Die Ausarbeitung einer vollständigen Liste setzt voraus, daß sicher ist, welche Objekte von den neuen Diensten übernommen werden.

Die Bestimmung der zu übernehmenden Objekte ergibt sich aus den Aufgaben und der damit verbundenen Struktur der neuen Dienste, die gegenwärtig präzisiert werden. Die Übergabe freiwerdender Objekte erfolgt parallel zu diesem Prozeß.

Gegenwärtig erfolgt die Zusammenstellung, Bewertung und Entscheidung über solche Objekte, Ausrüstungen und Materialien, die infolge des Bruchs mit der falschen Sicherheitspolitik der alten Staatsführung zweifelsfrei nicht mehr benötigt werden.  
Dabei handelt es sich um wesentliche Größenordnungen.

Über die zu übergebenden Objekte werde ich den Runden Tisch in der gewünschten Weise informieren.

Welchen Auftrag und welche Kompetenzen ich habe, also die Frage 6, habe ich eingangs bereits erläutert.

Ich will einige Bemerkungen zum Stand meiner Arbeit machen:  
Es wurde ein Arbeitsstab gebildet, der sich konstituiert und die materiell-technischen Bedingungen für seine Arbeitsfähigkeit geschaffen hat. Z. Z. wird daran gearbeitet, einen Überblick über die zur Auflösung anstehenden Objekte und Ausrüstungen zu schaffen. Parallel dazu werden die ersten Entscheidungen zur Überführung von Produktionskapazitäten in die Volkswirtschaft und in Dienstleistungsbereiche für die Bevölkerung vorbereitet.

Für die ehemaligen Ferienhäuser besteht folgende politische Grundkonzeption:

1. Freie Plätze sind unverzüglich entsprechend den Kapazitäten mit Urlaubern zu belegen.

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BRU  
000099

2. Die künftige Nutzung soll durch den Feriendienst der Gewerkschaften und für den Tourismus erfolgen. In geringem Umfang sollen Objekte für den Valutaturismus zur Verfügung gestellt werden.

Folgende konkrete Entscheidungen wurden bereits getroffen oder sind vorbereitet:

1. Die Baukapazitäten des ehemaligen Amtes wurden per 1. 1. 1990 dem Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft unterstellt und werden voll von ihm eingesetzt, mit allen Objekten, Technik, Material und Kadern.

2. Die Ausgliederung produktiver Kapazitäten des ehemaligen Amtes ist zur Entscheidung vorbereitet. Es handelt sich dabei um,

- eine Kfz-Instandsetzung im Objekt Freienwalder Straße, es handelt sich dabei um Produktionseinrichtungen in Berlin-Hohenschönhausen - eine Kfz-Instandsetzung für die Bevölkerung;
- um Baureparaturkapazitäten für den Stadtbezirk Lichtenberg per 1. 3. 1990, hier werden ehemaligen Handwerker des Amtes zum Einsatz kommen,
- eine Gärtnerei Oberseestraße wurde an den Rat des Stadtbezirkes übergeben,
- ein Betrieb Technischer Gerätebau soll im Objekt Freienwalder Straße entstehen.

Gearbeitet wird an einem Vorschlag zur Nutzung von Dienstleistungskapazitäten zur Reparatur von technischen Konsumgütern für die Bevölkerung.

2. Eine Vereinbarung der Wohnungsverwaltung mit dem Magistrat ist ausgearbeitet. Der Wohnungsbestand des ehemaligen Amtes wird vollständig in die kommunale Wohnungsverwaltung überführt. Die Wohnungszuweisungen erfolgen künftig ausschließlich über die ört-

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BStU  
000010 6

lichen Organe für diesen Wohnungsbestand. Alle Stützpunkte, Technik, vorhandenes Material und Kräfte werden den kommunalen Wohnungsverwaltungen zugeordnet.

### 4. Einzelobjekte

Die ehemalige Parteischule in Hessenwinkel wurde an den Magistrat zur Verwendung freigegeben. In der Tschaikowskistraße 13 wurden einzelne Räume einer Baracke bereits bezogen durch die Vereinigte Linke. In wenigen Tagen geht das gesamte Objekt an den Magistrat über. Ein Wohnheim wurde dem Magistrat für das Gesundheitswesen übergeben.

Einige Bemerkungen zum Stand der Auflösung der ehemaligen Kreis- und Bezirksamter für Nationale Sicherheit:

Alle ehemaligen Kreisämter - es sind 216 - sind geräumt. Die Übergabe in eine neue Rechtsträgerschaft erfolgte bei 187 Kreisämtern, d. h. ca. 85 % aller ehemaligen Kreisämter haben einen neuen Rechtsträger. Bei den restlichen Kreisämtern stehen die Entscheidungen durch die örtlichen Organe über die neue Rechtsträgerschaft noch aus.

Geräumt sind auch die Kreisämter, die sich in der Umfriedung ehemaliger Bezirksamter befinden, z. B. in Dresden, Berlin, Schwerin, Rostock. Hier kann eine Übergabe in eine neue Rechtsträgerschaft erst im Zusammenhang mit der Räumung der jeweiligen Bezirksamter erfolgen.

Mit Stand vom 5. 1. 1990 wurden den zuständigen örtlichen Organen bzw. Betrieben und Einrichtungen annähernd 400 Objekte und Einrichtungen des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, darunter 187 Kreisämter, 125 weitere Objekte sowie je 4 Wohnheime und Gästehäuser zur Nutzung übergeben. Diese Zahl genauer zu beziffern ist schwer möglich, weil Übergabe nicht gleichzeitig Übergang der Rechtsträgerschaft bedeutet.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BStU  
000011

Bis zum gleichen Zeitpunkt erfolgte die Entlassung von insgesamt 25 965 Mitarbeitern. Davon Amt für Nationale Sicherheit Berlin = 8 071, Bezirksamter = 14 718, Wachregiment = 3 176.

Mit Stand vom 5. 1. 1990 wurden darüber hinaus an örtliche Organe und Betriebe zur Nutzung u. a. 299 Pkw, 5 Kraftomnibusse, 22 Nutzkraftwagen sowie Kleintransporter, 13 Zweiradfahrzeuge, 12 Pkw-Anhänger, 173 Schreibmaschinen, 8 Kopiergeräte, 11 Fernseher sowie 32 Radios übergeben.

Bei der praktischen Abwicklung der Auflösung und zur Entscheidungsfindung bestehen derzeit folgende Probleme:

1. Wir brauchen schnell und unverzüglich Vorschläge, welche Objekte und Ausrüstungen vom Verfassungsschutz und Nachrichtendienst benötigt werden, und demzufolge nicht in den zivilen Bereich der anderen Organe übergeben werden können.
2. Es muß eine politische und praktische Lösung für eine Entscheidung zu den schriftlichen Unterlagen des ehemaligen Amtes gefunden werden. Z. Z. scheitern terminlich untersetzte Entscheidungen zur Auflösung an der nichtgeklärten Frage des Schriftgutes.

Abschließend eine Erklärung zu den Übergangsregelungen:

Die vom Ministerrat für ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit beschlossene Zahlung eines Überbrückungsgeldes zur Eingliederung in den Arbeitsprozeß basiert auf bisher bereits praktizierten gesetzlichen Regelungen, wie z. B. bei der Wismut oder im Kupferbergbau.

Die getroffene Entscheidung ist ungünstiger, als andere bereits angewandte Überbrückungszahlungen. Es sollten höchstens 80 % des bisherigen Verdienstes gewährt werden. Nach bisher vorliegenden Übersichten brauchen für 70 bis 75 % der ehemaligen Mitarbeiter keine Überbrückungsgelder gezahlt werden, weil die Entlohnung im neuen, zivilen Arbeitsrechtsverhältnis entsprechend der Qualifi-

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

8  
SStU  
000012

kation im Rahmen der 80 % des bisherigen Einkommens liegt.  
Wegen der vorliegenden Proteste und kritischen Hinweise wird die  
bisherige Regelung überprüft und nicht so wie bisher vorgesehen,  
durchgeführt.

Die Regierung wird die notwendigen Maßnahmen neu konzipieren und  
das Ergebnis dem Runden Tisch am 29. 1. 1990 bekanntgeben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

### Zusammenfassende Antwort von P. KOCH:

Ich muß darauf verweisen, daß die schriftliche Information der  
Regierung vorliegt. In dieser schriftlichen Information der Regie-  
rung ist enthalten, daß am 29. Januar ein Bericht zur Sicherheits-  
lage vorgelegt wird. Manches was gefragt wird und manches was  
hier zur Debatte steht, hängt damit im Zusammenhang und ist nicht  
zu beantworten, ohne diesen Bericht. So daß man zu dieser oder  
jener Frage davon ausgehen muß, daß wir sie entgegennehmen und  
sie im Ergebnis des Berichts zur Sicherheitslage am 29. Januar  
beantwortet werden muß.

Konkret zu dem, was ich jetzt zu sagen in der Lage bin; dabei  
muß ich auch darauf hinweisen, auf die Dauer meiner Tätigkeit  
hinweisen. Ich habe am Freitag in einem Interview gegenüber AK-ZWO  
die Gesamtzahlen offengelegt, um die es geht und jeder kann un-  
schwer daraus ersehen, welchen Umfang sowohl die materiell-tech-  
nische Seite der Auflösung, als auch die politische Seite, die  
Frage der Aufarbeitung in Anspruch nimmt. Was die Aufarbeitung  
betrifft, wird man das von heute auf morgen nicht tun können.  
Genausowenig wie man das Amt von heute auf morgen auflösen kann.  
Aber die Auflösung dieses Amtes war eine Forderung des Runden  
Tisches, war eine Anregung des Runden Tisches und dieser Anregung,  
dieser Forderung ist die Regierung nachgekommen.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BStU 9  
000013

Was das Fernschreiben vom 9. Dezember betrifft, kenne ich dieses Fernschreiben nicht. Auch eine Rückfrage bei Herrn HALBRITTER hat nichts anderes ergeben, so daß das eine Frage wäre, die wir mitnehmen müssen, die überprüft werden muß. Es sei denn, die Mitglieder des Runden Tisches auf der Regierungsseite könnten hierzu Aufklärung geben.

Zu den Kontrollmechanismen muß man sagen, daß ich angeregt und vorgeschlagen habe - und auch insoweit der Forderung, der Anregung des Runden Tisches nachgekommen bin: Die Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches als Kontrollmechanismus in die Kontrolltätigkeit einzubeziehen, die durch meinen Arbeitsstab und mich persönlich erfolgt.

Es gibt in den Bezirken Regierungsbeauftragte, auch vom Ministerpräsidenten dort eingesetzt, die auch mir als Möglichkeit dienen, Kontrolle wahrzunehmen.

Zu den Kompetenzen der Vertrauensperson, die vom Runden Tisch angeregt und von der Regierung aufgegriffen wurde, muß ich auf das verweisen, was ich in meinem Vortrag gesagt habe. Hier muß vom Runden Tisch Klarheit geschaffen werden, wie der Runde Tisch diese Kompetenz sieht. Das ist wichtig für unsere Entscheidungsfindung.

Derzeit bin ich mit der Auflösung des Amtes vom Ministerrat beauftragt und habe demzufolge auch alleinige Kompetenz und auch alleinige Verantwortung zu tragen.

Zur Mitarbeiterstärke von 85 000 über 85 000, habe ich mich am vergangenen Freitag in AK-ZWO geäußert. Es ist klar bei 85 000, wenn 25 weg sind, bleibt ein Rest von 60 000. Wir lösen ja erst auf seit 14. Dezember; mehr Zeit ist ja seit dem nicht vergangen. Und die Auflösung wird auch sicherlich in den nächsten Tagen und Wochen nicht abgeschlossen sein und demzufolge auch die Mitarbeiterstärke nur schrittweise heruntergesetzt werden können.

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BSU  
900014 10

Im übrigen wissen wir alle, daß die Aufnahmemöglichkeiten in der Volkswirtschaft nicht unproblematisch sind und sich auch dort nicht alles glatt gestaltet.

Wir müssen auch davon ausgehen, daß ein Arbeitsstab von 20 Mitarbeitern die sachliche und materielle Auflösung selbst vornehmen kann. Wir sind also auch auf insbesondere die Mitarbeiter der technischen Bereiche dort, der Mitarbeiter der Rückwärtigen Dienste dort, angewiesen, die uns zur Seite stehen und die das mit bewerkstelligen.

HENRICH:

Das ist total an der Frage vorbei. Das ist absolut an der Frage vorbei. Es kann natürlich sein, daß ich mich völlig verquer ausgedrückt habe. Ich bin bereit, meine erste Frage zu wiederholen, wenn Herr KOCH sie nicht verstanden hat.

Es ging nicht nur um das Fernschreiben, es ging darum, ob er Ermittler an seiner Seite hat.

SCHUR:

Erklärung der oppositionellen Gruppen und Parteien, ich bitte das zu ergänzen.

1. Die Teilnehmer der Opposition am Runden Tisch sprechen dem Zivilbeauftragten des Ministerrates zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und dem Regierungsbeauftragten, Herrn Staatssekretär HALBRITTER, das Mißtrauen aus, da sie nicht in der Lage waren, die von uns im Interesse der Bevölkerung gestellten Fragen zu beantworten.

2. Die Opposition setzt ihre Teilnahme am Runden Tisch bis 16.00 Uhr aus.

3. Die Opposition fordert den Ministerpräsidenten unter Beteiligung des Generalstaatsanwaltes und des Ministers des Innern auf,

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BRU 11  
000015

um 16.00 Uhr dem Runden Tisch einen Bericht über die innere Sicherheit zu geben.

4. Die Regierung wird aufgefordert, innerhalb der Unterbrechung zu überprüfen, ob das vorgelegte Telex des ehemaligen Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera an die Empfänger abgesandt wurde.

5. Die Regierung wird aufgefordert, einen schriftlichen Zwischenbericht zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unter Einbeziehung der Fragestellungen vom 8. 1. 1990 sowie einen Stufenplan über die weitere Maßnahmen bis zum 15. 1. 1990 des Runden Tisch vorzulegen.

Danke Herr SCHNUR.

Ich bitte jetzt, die Information Nr. 8 vorzunehmen. Wer trägt die Erklärung vor? Herr BÖHM von der Bauernpartei, bitte.

BÖHM:

Die Vertreter der DBD, LDPD, NDPD, SED-PDS und der VdgB geben trotz unterschiedlicher Auffassungen in bestimmten Fragen, folgende gemeinsame Erklärung ab:

1. Die konkreten Fragen des Runden Tisches der letzten Tage sind heute von Herrn KOCH nur teilweise beantwortet worden. Die zusätzlichen Fragen, die heute gestellt wurden, wurden völlig unzureichend beantwortet. Insoweit teilen wir die Unzufriedenheit der anderen Parteien und Bewegungen. Es zeigt sich, daß unbedingt Sachverständige anwesend sein müssen.

2. Richtig ist, daß ein Bericht über die innere Sicherheit erforderlich ist. Dieser Bericht kann heute um 16.00 Uhr nicht vorliegen. Der 29. 1. 1990 ist nach unserer Auffassung aber zu spät. Wir erwarten diesen Bericht bis zur nächsten Tagung am 15. 1. 1990. Wir sind dafür, daß das Angebot der Regierung, 3 Vertreter der Arbeitsgruppe Sicherheit und eine weitere Vertrauensperson des Runden Tisches in die Kommission zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit einzubeziehen, unverzüglich verwirklicht wird.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BSIÜ  
000016

12

Nur so kann der Runde Tisch qualifiziert einschätzen, welche Informationen möglich sind, wie die Auflösung des Amtes und der Einsatz der ehemaligen Mitarbeiter vollzogen wird.

Außerdem ist der Runde Tisch über die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe Sicherheit unter Leitung von Herrn BÖHME, die nächste Tagung 10. 1. 1990, zu unterrichten.

3. In der Frage des Aufbaus eines Verfassungsschutzes ist vor allem die große Furcht von Teilen der Bevölkerung über das Wiederaufleben von alten Strukturen und Praktiken des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, aber auch die Sorge über ein entstehendes Sicherheitsvakuum zu berücksichtigen.

Deshalb bleibt das Angebot, alle Fragen im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Aufbau einer solchen Einrichtung, demokratisch durch Vertreter des Parlamentes und des Runden Tisches zu kontrollieren.

Eine endgültige Entscheidung über die Zustimmung zum Aufbau einer solchen Einrichtung ist erst nach Vorlage des Berichtes über die innere Sicherheit möglich.

4. Die Fortsetzung der heutigen Sitzung um 16.00 Uhr halten wir nicht für sinnvoll. Abgesehen davon, daß der Ministerpräsident nicht in dieser Art und Weise unter Druck gesetzt werden kann, haben wir uns alle auf die Festlegung zur Beendigung der heutigen Tagung um 17.00 Uhr eingestellt. Die aufgeworfenen Fragen lassen sich innerhalb einer Stunde nicht beantworten. Wir schlagen deshalb die Fortsetzung der Tagung des Runden Tisches am 15. 1. 1990 über den angeforderten Bericht vor.

Danke, Herr BÖHM

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BStU  
000017

Fragestellungen  
zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit am  
"Runden Tisch" am 8. Januar 1990

Henrich, NF

Bitte um Auseilung des Fernschreibens der BV Gera  
vom 9. 12. 1989.

Wir bitten Herrn Koch, zu prüfen, ob das BA Gera das  
Telex vom 9. 12. tatsächlich abgesetzt hat,  
überschrieben "Heute wir, morgen ihr".  
Telex rezitiert und kommentiert.

Wir wollen wissen, ob dieses FS tatsächlich (u. a.  
bei Regierung, Inneres, Parteien, auch Rundfunk/Fern-  
sehen) eingegangen ist?  
Wenn ja, wie die einzelnen Adressaten darauf reagiert  
haben und wie sie verhindern wollen, daß zukünftig  
solche Versuche gemacht werden?  
Frage Nr. 1 nach Ihren Kompetenzen Herr Koch?  
Stehen an Ihrer Seite Ermittler, Ermittler aus offi-  
ziellen Ermittlungsorganen?  
Wie sichern Sie ab, daß diese Ifo. tatsächlich der Wahr-  
heit entsprechen?  
Wie kontrollieren Sie also die Tatbestände, die Ihnen  
mitgeteilt werden? Sie müssen ja irgendein Kontroll-  
mechanismus jetzt eingebaut haben?  
Wer hat wie den Umfang der verbleibenden Waffen be-  
stimmt?

Zusatzfrage:

Ob das Amt in Gera, wenn sich herausstellt, daß dieses  
FS abgegangen ist, daran beteiligt ist?  
Ob dieses Amt in Gera jetzt an der Auflösung des Amtes  
beteiligt ist und ob wir hinnehmen müssen, daß Mit-  
glieder des Amtes, die noch am 9. 12. 1989 versucht  
haben, in die politischen Verhältnisse einzugreifen,  
und zwar mit Gewalt, und zwar weiterhin dann als Ver-  
fassungsschutz tätig sein sollen.

Gehen Sie davon aus, daß die jeweilige Vertrauensperson,  
die mit Ihnen jetzt zukünftig vielleicht mitarbeitet,  
die selben Kompetenzen hat, wie Sie?  
Wenn Sie, Herr Koch, ausreichende Kompetenzen haben  
sollten, oder gehen Sie davon aus, daß diese Vertrauens-  
person dann lediglich beratende Funktion haben soll?

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

2  
BSU  
000018

### Herr Poppe, Initiative Frieden und Menschenrechte

(Bezug zum Fernsehinterview Koch in AK 2 vom 5. 1. 1990)  
Was machen die 60.000 Mitarbeiter, die sich noch dort aufhalten, wenn das Amt aufgelöst wird?  
Welche Anzahl von Personen ist vorgesehen für die beiden Nachfolgeämter?

### Schnur, Demokratischer Aufbruch

Gibt es einen schriftlichen Beschuß des Ministerrates? Ist dieser Beschuß über Ihre Dienstaufgabenstellung der Arbeitsgruppe Sicherheit des "Runden Tisches" zur Verfügung gestellt worden?

Sind Sie aussagefähig zur Bildung der neuen Ämter?

Widerspruch zwischen Ihrer Erklärung und der des Herrn Halbritter, daß die Entwaffnung erst jetzt tatsächlich eingeleitet wurde, wie kommt es dazu, daß Regierungsvertreter dazu unterschiedliche Aussagen machen?  
Wer gibt uns die Gewähr, daß tatsächlich eine exakte Kontrolle der Entwaffnung nicht nur durch den Vertreter der Regierung, sondern durch andere gesellschaftliche Einrichtungen, ich denke an die Bürgerkomitees oder andere gesellschaftliche Gruppierungen und Parteien, gewährt wird?

Wer soll die Rechtsträgerschaft von ehemaligen Objekten übernehmen, wie wird dies abgesprochen und wie wird überhaupt der Bürgerwille einbezogen?

### Ullmann, Demokratie jetzt

Ich vermisste in Ihrer Antwort die Aussage, wie es um das zentrale Amt in Berlin bestellt ist? Hat hier die Auflösung überhaupt begonnen?  
Meines Erachtens ist das die zentrale Frage zum Thema Auflösung überhaupt.  
Ferner wünschte ich mir eine Auskunft über die Logistik des ehemaligen Ministeriums. Darüber sind wir bisher in keiner Weise informiert worden!  
Sie haben ferner über die auf Papier gesammelten Daten gesprochen.  
Ich frage, was geschieht hinsichtlich der elektronischen Daten und wie wird verfahren mit den besonderen Befehlsstrukturen des MfS, die das Land durchziehen?

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BRU 3  
000019

Wie verhält sich Ihre Tätigkeit zu den Grundsätzen der Regierung, die in der Information, die uns heute ausgeteilt wurde, enthalten sind?  
(Hält die von der Regierung geäußerten Grundsätze für unakzeptabel, nennt unter anderem Voraussetzungen, Bewertungen, Konsequenzen hinsichtlich Neubildung des Verfassungsschutzes: Ablehnung jenes Textteiles, in dem auf die Bereiche des zu bildenden Verfassungsschutzes Bezug genommen wird, die aus dem bisherigen Amt nicht herausgelöst werden. Bringt letztergenanntes in Zusammenhang mit der Frage der Vertrauenswürdigkeit der Regierung.)

Eppelmann, Demokratischer Aufbruch

Aufforderung, daß zum Telex Gera sich Vertreter der Regierungsparteien äußern sollen!  
Wenn ich Sie richtig verstanden habe Herr Koch, kann das ehemalige MfS nur dann aufgelöst werden, wenn wir alle einer Einrichtung wie dem Amt für Verfassungsschutz zusimmen. Da scheint offensichtlich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, unsererseits ein Handlungsbedarf zu bestehen.  
Ich würde in diesem Zusammenhang dringlich darum bitten, daß die erste Frage dieses von Herrn Ziegler unterschriebenen Informationsblattes eine Beantwortung findet!  
Wie ist das mit der Fülle von Uniformierten im MdI zum Beispiel? Können die solche Funktionen nicht auch wahrnehmen? Weiterhin - erscheint es überhaupt möglich, in einer Zeit des Umbruchs Mitarbeiter einer Einrichtung, die so ungeheuer belastet ist, mit der größten Selbstverständlichkeit zu nehmen als die zukünftigen Hüter einer neuen Verfassung der DDR - ich halte das für völlig unmöglich.  
(Weiterhin erfolgte Hinweis, daß diese Institution fest in der Hand einer Partei sei.)

Templin, Initiative Frieden und Menschenrechte

Wie ist es mit den zum größten Teil verdeckten Arbeitsmethoden/-strukturen des ehemaligen MfS in anderen Ministerien, in Einrichtungen der Volkswirtschaft usw., ich erinnere nur an die Abteilung 1, an den massiven Eingriff von Mitarbeitern, an die direkte Kopplung, also über Verbindungsleute, in die Praxis der Kaderabteilungen.  
Wie weit erstreckt sich Ihre Kompetenz auch auf diese Bereiche?  
Ein weiterer Bereich müßte sein, wieweit ist die Zusammenarbeit des MfS mit den Abt. Sicherheit der SED auf Kreis- u. a. Ebenen bis hin zum ZK der SED?

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BStU 4  
980020

Die unheilvolle Arbeit dieses Ministeriums darf nicht spurlos verschwinden, sondern muß aufgearbeitet werden! (Würde Arbeitsgrundlage zum Beispiel für jene AG im Ministerium für Justiz nehmen, die mit der Rehabilitierung von Personen und Wiedergutmachung beschäftigt sind.) Wie weit ist gesichert, daß die unerlässlichen Materialgrundlagen gesichert sind? (Bezieht sich auf Aussagen über angeblich nicht mehr vorhandene Materialien auf dem Gebiet der Einreisesperrenerteilung.)

Erster Antwortkomplex durch Koch.

Seelig, Vereinigte Linke

Erneut Frage nach den Ermittlern, die ständig bei den Auflösungsprozessen anwesend sein müßten zur Kontrolle. Frage nach Ausgleichszahlungen - diese würden 25 bis 30 % des ausscheidenden Mitarbeiterbestandes erhalten! Ist es richtig zu sagen, daß dies gerade jene Mitarbeiter sind, die politische Verantwortung getragen haben, die also zu den höheren Chargen gehören, mit den höheren Einkünften bestellt waren. Das könnte man daraus entnehmen, wenn 70 bis 75 % diese Überbrückungsgelder nicht nötig haben, weil sie also in ihren Berufen genug verdienen?

Weiterhin - wieviel von den 85.000 Stasi-Mitarbeitern waren denn eigentlich für die politische Überwachung der Bevölkerung zuständig? Wieviel waren für militärische Aufklärung und Abwehr eingesetzt und wieviel waren für den "inneren Feind" eingesetzt?

Gutzeit, SDP

Bezugnahme auf Verbindung MfS und Sicherheitsbereiche der SED und Forderung nach Sicherstellung von Akten aus den Sicherheitsbereichen der SED. - Erweiterung der Tätigkeit der Untersuchungskommission erforderlich! Welche Strategie, welche Konzepte der Auflösung bestehen tatsächlich? Nach dem, was wir heute hörten, geht es mit einem ganz kleinen Team an diese so schwierige Arbeit heran.

**Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch**

BSU 5  
000021

Wie wollen Sie, Herr Koch, Ihre Zusage glaubwürdig machen, daß künftig keine Bespitzelung von DDR-Bürgern erfolgen kann. (Bezieht sich auf das Mißverhältnis 20 : 85.000)  
Koch hätte dennoch keine Voraussetzungen für eine objektive Kontrolle.

Dörfler, Grüne Partei

Frage nach Verwendung der Baukapazität des ehem. MfS in Verantwortung des Ministeriums für Bauwesen (sind ökologische Prioritäten gewahrt?)

Jordan, Grüne Partei

Frage nach Zentrale des ehem. MfS in Berlin und deren Bewaffnung?  
Es fehlen in Ihren Ausagen Angaben zum Umfang der nicht voll angestellten Mitarbeiter des MfS, also das vielschichtige Netz von Mitarbeitern in unseren Institutionen, Betrieben und Parteien vielleicht? Dazu auch bitte eine zahlenmäßige Angabe und mit welchen Geldmitteln und anderen Privilegien waren diese Leute ausgestattet?  
Weiterhin - wie ist die zeitliche Abfolge der Auflösung des Mitarbeiterbestandes der 60.000 bis zur vollständigen Auflösung und ... (sinngemäß) Forderung nach Ermöglichung der Einsichtnahme von Bürgern in ihre Personendossiers.  
Ferner - Forderung nach einem sofortigen Volksentscheid, wenn die Regierung Modrow an der Entscheidung über die Bildung des Verfassungsschutzes festhält!

Köppe, Neues Forum

Sind die Anlagen zur Telefonüberwachung zerstört?  
Wo steht der Zentrale Datenspeicher des MfS? Unter wessen Kontrolle befindet dieser sich jetzt?  
Ist es wahr, daß es eine Anweisung des NationalenVerteidigungsrates von Ende November gibt an die Bezirksleitungen der SED, daß die Akten der Bezirkseinsatzleitungen, die ja gegenüber dem MfS weisungsberechtigt waren, vernichtet werden sollen?  
Können Sie uns vorstellen den Beschuß des Ministerrates von Anfang Januar 1990, der beinhalten soll, daß Akten über die Staatssicherheitsmitarbeiter selbst und über die Informanten sofort vernichtet werden sollen?

## Bericht des Regierungsbeauftragten Peter Koch am Zentralen Runden Tisch

BSHJ 6  
000022

Frage an Herrn Halbritter: (im Zusammenhang Bildung  
Nachfolgeorgane ANS)  
Ist die Regierung bereit, Stellung zu nehmen dazu, daß  
der "Runde Tisch" nicht einbezogen wird in Regierungs-  
entscheidungen?  
Problemstellung - Bericht zur inneren Sicherheit sei  
Voraussetzung für Entscheidung über Bildung des Verfas-  
sungsschutzes und nicht umgekehrt (nicht erst entschei-  
den und Sicherheitsbericht für den 29. 1. 1990 ankün-  
digen).

Anschließend erfolgte Unterbrechung der Beratung.  
Opposition zog sich zurück.